

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg



Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte
Heft 15

- Halle 2005 -

Bildnachweis: S. 7: Privatbesitz Marion Rupieper-Pantenius, Halle (Saale)

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (H. 1/1996-H. 14/2004), Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab H. 15/2005)
Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.), Denise Wesenberg
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Hoher Weg 4, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Jana Wüstenhagen / Daniel Bohse

Vorwort5

Aufsätze

Dietmar Schulze

Der „Röhm-Putsch“ in der Provinz Sachsen9

Anja Edith Spuhn

Die Integration von Vertriebenen in den Arbeitsprozeß am Beispiel des Mansfelder Kupferschieferbergbaus (1945-1949)34

Essays und Berichte

Daniel Bohse / Henrik Eberle

Foto- und Filmdokumente zum Kriegsende 1944/45 und zur Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Russischen Staatsarchiv für Film- und Fotodokumente (RGAKFD)61

Wilfried Lübeck

Die Aktionen „Potsdam“ und „112b“ im Rahmen der Reparationsleistungen der Provinz Sachsen 1945/4671

Vorwort

Mit diesem Heft erscheinen die „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“ zum ersten Mal ohne Hermann-Josef Rupieper. Der Begründer und langjährige Herausgeber der Reihe, Professor für Zeitgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, starb am 31. August 2004 völlig überraschend während seines Urlaubs auf Kreta. Noch immer trauern Freunde und Kollegen um einen engagierten, klugen und warmherzigen Menschen, dessen Einsatz für die Universität und das Institut unvergessen bleiben wird. Seine zahlreichen Studenten, Doktoranden und Mitarbeiter am Lehrstuhl kannten ihn als einen nimmermüden Hochschullehrer, der stets bis an die Belastungsgrenze in Arbeit steckte und doch zu jedem Zeitpunkt für sie da war.

Hermann-Josef Rupieper wurde 1942 in Recklinghausen geboren. Sein wissenschaftlicher Werdegang begann mit dem Studium der Geschichte, Anglistik und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und der Stanford University (Kalifornien, USA), an der er 1974 promoviert wurde. Aus dieser Zeit rührte seine Liebe zu den USA, deren Geschichte zeitlebens zu seinen großen Forschungsfeldern gehörte. Es waren vor allem die Darstellungen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen, die ihm unter Kollegen hohes Ansehen verschafften und die internationale Ausrichtung der Zeitgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg beförderten. Wie stark die zeitgeschichtliche Forschung in Halle mit seinem Namen verbunden ist, zeigte sich im Januar 2005 auf der Trauerfeier des Deutschen Historischen Instituts in Washington, dessen erster geschäftsführender Direktor Rupieper 1987 war. Aus allen Teilen der USA waren Wissenschaftler angereist, die des streitbaren „German“ gedenken wollten. Nach seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter und als Assistenzprofessor an der Freien Universität Berlin habilitierte sich Rupieper hier 1981. Später folgte er einem Ruf an die Philipps-Universität Marburg, bevor er 1993 nach Halle kam, um am neugegründeten Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität den Lehrstuhl für Zeitgeschichte zu übernehmen.

Die von ihm gesetzten Forschungsakzente formten das Profil der Zeitgeschichte in Halle. So verband er die von ihm inspirierte regionale Widerstandsforschung zur NS- und DDR-Zeit mit der größeren Analyse der ostdeutschen Diktatur. Dabei legte er großen Wert auf Interdisziplinarität, vor allem aber auf die Verbindung der hallischen Forschung mit der internationalen Wissenschaftswelt. Er selbst reiste mehrmals zu Vorträgen und Archivreisen nach Woronesch, Moskau und in die USA, während umgekehrt russische und amerikanische Wissenschaftler in Halle ihre Forschungen vorstellten.

Ein besonderes Anliegen war Rupieper immer die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Im Jahre 1996 begründete er die Reihe der „Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte“, um eine Plattform für Nachwuchswissenschaftler und herausragende studentischen Arbeiten zu schaffen. Unter seiner Herausgeberschaft publizierten in den vergangenen neun Jahren neben etablierten Kollegen aus dem In- und Ausland vor allem junge Historiker aus Halle zu regionalen und überregionalen Themen der Zeitgeschichte. Bei der Auswahl der Beiträge legte Rupieper besonderen Wert auf die Originalität der Quellen. So beruhte nahezu jeder Aufsatz auf Archivstudien, die Dokumente zu Tage förderten, die zuvor noch nie publiziert worden waren. Seine ehemaligen Mitarbeiter haben sich vorgenommen, mit diesem Heft die von Hermann-Josef Rupieper begründete Tradition in Halle fortzuführen.

Die nachfolgend publizierten Beiträge präsentieren einen Ausschnitt aus kürzlich abgeschlossenen und noch laufenden Forschungsprojekten der Autoren. Dietmar Schulze greift einen bislang vernachlässigten Aspekt der Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers Lichtenburg auf: dessen Nutzung zur Verwahrung und „Aburteilung“ von Personen, die 1934 im Rahmen der „Niederschlagung“ des sogenannten „Röhm-Putsches“ verhaftet worden waren. Der Beitrag von Anja Edith Spuhn gibt die Ergebnisse ihrer am hiesigen Institut verfaßten Magisterarbeit wieder. Am Beispiel des Mansfelder Kupferschieferbergbaus hinterfragt sie Methoden der Arbeitsintegration von sudetendeutschen Vertriebenen in das Wirtschaftssystem der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ). Mit logistischen und finanziellen Problemen im Zusammenhang mit sowjetischen Reparationen und Demontagen beschäftigt sich der Beitrag von Wilfried Lübeck. Henrik Eberle und Daniel Bohse berichten über einen Forschungsaufenthalt im Russischen Staatsarchiv für Film- und Fotodokumente. Sie zeigen, daß angesichts der zwischen Öffnung und Restriktion schwankenden russischen Archivpolitik noch immer für die deutsche Zeitgeschichte aufschlußreiche Bestände der Beachtung und Auswertung harren. Die Herausgeber wünschen wie immer eine anregende Lektüre.

Jana Wüstenhagen

Daniel Bohse

Aufsätze

Der „Röhm-Putsch“ in der Provinz Sachsen

von Dietmar Schulze

Am Dienstag, den 16. Oktober 1934 erschienen der Korrektor Paul Mosert und seine Ehefrau Anna am Landgericht Torgau. Die Eheleute baten um die Bewilligung des Armenrechts und um die Zuordnung eines Rechtsanwalts für folgende Klage: „Wir wollen Klage erheben gegen den Preussischen Staat, vertreten durch den Herrn Preussischen Ministerpräsidenten...“¹ Vorgebliches Ziel war, festzustellen, ob der Staat Preußen verpflichtet werden könne, dem Ehepaar Mosert „in Form einer Geldrente Schadensersatz zu leisten insoweit, als unser Sohn Kurt Mosert uns gegenüber unterhaltspflichtig geworden wäre.“²

Den Hintergrund der ungewöhnlichen Klage bildete die etwa dreieinhalb Monate zuvor blutig niedergeschlagene angebliche Revolte des Stabschefs der Sturmabteilungen (SA) der NSDAP, Ernst Röhm. Bei der Niederschlagung dieses „Putsches“ in der Zeit vom 30. Juni bis zum 2. Juli 1934 wurden nicht nur viele Führungskräfte der SA ermordet, sondern auch vermeintliche Regimegegner erschossen und persönliche Rachegeleüste brutal befriedigt. Eines der Opfer war SA-Obersturmbannführer Kurt Mosert, Führer der SA-Standarte 72³ mit Sitz in Torgau.

Bis Anfang Oktober 1934 konnten die Eheleute Mosert von staatlichen oder Parteistellen keine offizielle Auskunft über das plötzliche Verschwinden ihres Sohnes erhalten. Mehrere Eingaben und Beschwerden wurden mit lakonischer Kürze zurückgewiesen oder blieben gänzlich unbeantwortet. Erst über drei Monate nach dem Verschwinden ihres Sohnes, am 6. Oktober, ließ die Staatspolizeistelle Halle den Eltern knapp mitteilen, daß „Kurt Mosert während der anlässlich der Röhm-Revolution eingeleiteten Aktion getötet worden“ sei.⁴ Die Moserts sahen anscheinend keine andere Möglichkeit als den Klageweg, um Aufklärung und Wiedergutmachung, sofern diese in solch einem Fall überhaupt möglich ist, zu erzwingen. Da

¹ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (im folgenden: GStAPK), HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 259.

² Ebenda.

³ Die Standarte 72 erhielt ihre Bezeichnung in Anlehnung an das 1860 gegründete 4. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 72. Mit der bewußten Anknüpfung an die kaiserliche Bezeichnung sollte die Akzeptanz der SA-Verbände in der Bevölkerung gestärkt werden.

⁴ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 262.

weder Polizei noch Staatsanwaltschaft aktiv geworden waren, hatte Paul Mosert selbst die Initiative ergriffen und dem Schicksal seines Sohnes nachgeforscht. Er kam zu dem Schluß, daß sein Sohn Kurt von SS-Leuten des Konzentrationslagers Lichtenburg (bei Prettin) ermordet worden war.

I. *Das Konzentrationslager Lichtenburg*

Das Schloß Lichtenburg – heute zum Ort Prettin (Sachsen-Anhalt) gehörend – diente seit dem Jahr 1811 als Zuchthaus.⁵ Im 19. Jahrhundert erfuhr die Schloßanlage zwei Erweiterungen, zunächst im Nordosten um einen als Lazarett genutzten Seitenflügel und dann im Südosten um einen Zellenbau. Beide Anbauten wurden am Beginn des 20. Jahrhunderts mit einem flachen Werkstattgebäude verbunden, so daß ein zweiter als Werkstatthof bezeichneter Schloßhof entstand. Als Haftstätte für politische Gefangene kann die Lichtenburg auf eine lange und unrühmliche Tradition verweisen. Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 wurden dort viele Aufständische interniert. Der Grund für die Errichtung des Zellenbaus 1878/79 war die Verfolgung von Sozialdemokraten nach dem Sozialistengesetz. Im Jahr 1928 wurde das Zuchthaus Lichtenburg wegen unhaltbarer baulicher Zustände geschlossen. Der größte Teil des Schloßkomplexes stand nun leer, nur wenige Firmen nutzen das Gebäude gewerblich, so daß es zunehmend verfiel.

Im Juni 1933 wurde das Schloß nach fünf Jahren Leerstand als Haftstätte für politische Gefangene, als Konzentrationslager reaktiviert. Anlaß war die Suche des preußischen Innenministeriums nach zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten für politische Gefangene, denn der unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtergreifung folgende Terror hatte zu Massenverhaftungen und damit zur Überfüllung der Gefängnisse geführt. Trotz verschiedener Einwände entschied der Merseburger Regierungspräsident, das Schloß als Konzentrationslager herzurichten. Zur Beschleunigung der vorbereitenden Arbeiten wurde Anfang Juni ein Vorauskommando von 50 Häftlingen zur Lichtenburg gebracht. Am 13. Juni 1933, einen Tag nach der Ankunft des Vorkommandos, teilte der Regierungspräsident allen zuständigen Behörden die offizielle Eröffnung eines „Sammellagers“ im ehemaligen Zuchthaus Lichtenburg mit. Eine Woche später trafen 450 Schutzhäftlinge aus den Gefängnissen des Regierungsbezirks ein. Nur einen Monat später drängten sich bereits ungefähr 1600 Häftlingen in der Lichtenburg.

⁵ Der sächsische König Friedrich August I. bestimmte am 2. Februar 1811 die Schlösser Lichtenburg und Sonnenstein bei Pirna als Ersatz für das Zucht-, Armen- und Waisenhaus Torgau, das einer „Landes-Festung“ weichen mußte. Vgl. Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Geheimes Finanzkollegium, Spezialreskripte, 1811, Nr. 86.

Das KZ Lichtenburg unterstand zunächst dem preußischen Innenministerium. Mit der Ernennung des Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, zum Inspekteur der Geheimen Staatspolizei am 20. April 1934 ergaben sich aber tiefgreifende Änderungen. Himmler ging unverzüglich daran, seine Vorstellungen von Schutzhaft und Konzentrationslager auf alle preußischen Lager zu übertragen. Sie sollten entweder aufgelöst oder übernommen und reorganisiert werden. Die Umgestaltung begann beim KZ Lichtenburg. Himmler entzog der preußischen Verwaltung die Dienstaufsicht und entsandte den Kommandanten des KZ Dachau, Theodor Eicke, als Inspekteur der Konzentrationslager nach Prettin. Eicke traf am 28. Mai 1934 ein und begann unverzüglich mit der Neuorganisation des Lagers nach Dachauer Vorbild. Er setzte den Direktor und den Verwaltungsführer des Lagers ab, trennte Kommandantur- und Wachbereich voneinander und richtete eine politische Abteilung ein. Für eine Übergangszeit, in die auch der „Röhm-Putsch“ fällt, kontrollierte Eicke, trotz der Berufung eines neuen Lagerkommandanten noch das Geschehen in der Lichtenburg.

Die Tatsache, daß das Konzentrationslager Lichtenburg in die Geschehnisse rund um die „Röhm-Revolution“ eingebunden war, fand bisher nur geringe Beachtung.⁶ In der Literatur werden vor allem zwei Punkte untersucht. Zum einen die Frage nach den Ermordeten, zum anderen die Behandlung der sogenannten Ehrenhäftlinge⁷. Die wenigen bekannten Einzelheiten wurden jedoch von den Autoren nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft und meist verkürzt wiedergegeben. Klaus Drobisch erwähnt Moserts gewaltsamen Tod nicht einmal. Statt dessen behauptet er, sinnentstellend kürzend und ohne die Quelle zu geprüft zu haben, der katholische Sport- und Jugendfunktionär Adalbert Probst sei im KZ Lichtenburg ermordet worden.⁸ Stefanie Endlich nennt dagegen Mosert und einen Magdeburger SA-Führer als weiteres Opfer, gibt jedoch keine

⁶ Vgl. Johannes Tuchel: Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der Konzentrationslager“ 1934-1938 (= Schriften des Bundesarchivs, Band 39), Boppard 1991, S. 167, S. 176ff.; Klaus Drobisch: Konzentrationslager im Schloß Lichtenburg, Cottbus 1987, S. 31 sowie die überarbeitete Ausgabe, Wittenberg 1997, S. 27f.; vgl. auch Klaus Drobisch, Günther Wieland: System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993, S. 188; Stefanie Endlich: Die Lichtenburg 1933-1939. Haftort politischer Prominenz und Frauen-KZ. In: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933-1939 (= Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945, Band 2), Berlin 2002, S. 11-64, hier S. 32. Rudolf Jordan, der ehemalige Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, legte 50 Jahre nach dem „Röhm-Putsch“ eine apologetische Schrift zum Thema vor. Auf die Ereignisse im Gau ging er allerdings nur äußerst knapp ein, das KZ Lichtenburg erwähnte er überhaupt nicht. Vgl. Rudolf Jordan: Der 30. Juni 1934. Die sogenannte „Röhm-Revolution“ und ihre Folgen aus der Sicht eines Erlebniszeugen, Bremen 1984.

⁷ Der Begriff „Ehrenhäftling“ ist ein zeitgenössischer Terminus. Er bezeichnet sowohl SA-Männer als auch konservative Kräfte, die im Zuge des „Röhm-Putsches“ interniert wurden.

⁸ Vgl. Drobisch, Konzentrationslager (1997), S. 28.

Quelle für ihre Behauptung an.⁹ Im Fall der „Ehrenhäftlinge“ wird nur angeführt, daß sie eine bessere Behandlung als die anderen Häftlinge genossen hätten – eine Behauptung, die in dieser Bestimmtheit unkorrekt ist. Beispielsweise schreibt Drobisch, daß sich die „Ehrenhäftlinge“ aus „dem Führerkasino und einem Prettiner Gasthof selbst verpflegen“ durften.¹⁰ Mit dieser verknüpften Darstellung erweckt er den Eindruck, die Selbstverpflegung der „Ehrenhäftlinge“ wäre Normalität gewesen. Die wahrscheinlich zugrunde liegende Aussage ist aber komplexer: „Sie [die ‚Ehrenhäftlinge‘ – D.S.] konnten sich sogar erstklassiges Mittagessen aus dem Gasthaus in Prettin kommen lassen, wenn sie das Geld dazu hatten! Manche hatten es aber nicht! Diese holten sich die ihnen zustehende Verpflegung aus der Häftlingsküche.“¹¹ Hier drängt sich der Eindruck auf, daß Drobisch die Haft der „Ehrenhäftlinge“ an sich bagatellisieren will.

Ziel dieses Beitrages ist, die Verstrickung des Konzentrationslagers Lichtenburg in den „Röhm-Putsch“ korrekt darzustellen. Dazu sollen vier Fragen untersucht werden:

1. Wieviel Personen wurden nach der „Röhm-Revolution“ in der Lichtenburg interniert?
2. Gab es Unterschiede in der Behandlung der Gefangenen?
3. Wer wurde – außer Kurt Mosert – vom Wachpersonal des Konzentrationslagers ermordet?
4. Was wußte und wie reagierte die Bevölkerung in der Umgebung des Konzentrationslagers?

Zur Beantwortung stehen Quellen verschiedener Provenienz zur Verfügung. Da sich eine Mordaktion dieses Ausmaßes nur schwer verheimlichen ließ, ihre wesentlichen Opfer auch gar nicht verschwiegen werden sollten, existieren viele Zeugnisse. Es sind sowohl Listen mit den Namen der Mordopfer¹² als auch mit den Namen der nach dem 30. Juni als Regimegegner verhafteten Personen¹³ überliefert. Auch wenn nicht in jedem Fall genau bekannt ist, wer welche Aufstellungen für welchen Zweck anfertigen ließ und es einige Unstimmigkeiten in den Details gibt, ist am Wahrheitsgehalt der Aufzählungen nicht zu zweifeln. Da viele der in der Lichtenburg internierten SA-Männer überzeugte, gar fanatische Nationalsozialisten waren, empfanden sie ihre Verhaftung als vollkommen unverständlich. Einige setzten nach ihrer Freilassung lange Berichte auf und

⁹ Vgl. Endlich, Lichtenburg, S. 32. In der von Endlich am Ende des Abschnitts angeführten Quelle werden die Namen der Mordopfer nicht erwähnt.

¹⁰ Vgl. Drobisch/Wieland, System, S. 28.

¹¹ Archiv Gedenkstätte Lichtenburg (im folgenden: AGL), 831G, Erinnerungsbericht Walter Kramer, Bl. 224.

¹² Vgl. Bundesarchiv Berlin (im folgenden: BArch Berlin), NS 23, Nr. 475.

¹³ Vgl. ebenda, Nr. 434; GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 114, Geheime Staatspolizei, Alphabet. Verzeichnis der bei der Röhm-Revolution Festgenommenen 1934; ebenda, Nr. 39/3, Geheime Staatspolizei, Politische Bewegungen, Parteien, Vereine (SA, SS, ST) 1934-1936 (Beiheft 1), Bl. 273ff.

schilderten ihre Erlebnisse. Auch diese Darstellungen, zeitnah verfaßt, können als Quelle für den Ablauf des Geschehens im Konzentrationslager Lichtenburg genutzt werden. Zur Beurteilung der Reaktion der Bevölkerung stehen die monatlichen Lageberichte der zuständigen Staatspolizeistellen zur Verfügung. Zudem existieren noch Berichte des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen und der provinziälsächsischen Regierungspräsidenten. Die Lageberichte, die von 1933 bis 1936 erstellt wurden, sind zwar nur lückenhaft überliefert, für diese Arbeit wichtige Rapporte aus den Sommermonaten des Jahres 1934 blieben aber fast vollständig erhalten.¹⁴ Eine weitere Quelle sind die zeitgenössischen Tageszeitungen. Ihr Inhalt kann als offizieller Wissenstand der Bevölkerung gelten. Zur Ergänzung dienen zudem diverse Quellen mit personenbezogenen Angaben über die verschiedenen Opfer bzw. Opfergruppen. Eine kritische Abwägung des Informationsgehaltes aller Quellen und die anschließende Kombination der als sicher bzw. wahrscheinlich erachteten Informationen ergibt ein relativ vielschichtiges Bild.

II. Zur Vorgeschichte des „Röhm-Putsches“

Die Vorgeschichte und der Ablauf der Ereignisse rund um den 30. Juni 1934 sind mittlerweile so häufig beschrieben und analysiert worden¹⁵, daß an dieser Stelle ein knapper Abriß des Geschehens zum Verständnis als ausreichend erachtet wird.

Die berüchtigten Sturmabteilungen, unter dem Kürzel SA bekannt geworden, waren die politische Armee der NSDAP. Im Jahr 1921 gegrün-

¹⁴ Vgl. Manfred Müller: Zustimmung und Ablehnung, Partizipation und Resistenz. Die preußische Provinz Sachsen im Spiegel geheimer Gestapo- und Regierungsberichte 1933-1936. Untersuchungen zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der Bevölkerung (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 886), Frankfurt/Main 2000; Hermann-J. Rupieper, Alexander Sperk (Hg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933-1936, Band 1, Regierungsbezirk Magdeburg, Halle 2003; Dies.: Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933-1936, Band 2, Regierungsbezirk Merseburg, Halle 2004.

¹⁵ Vgl. Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34 (= Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Band 14), Köln/Opladen 1960; Immo von Fallois: Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhm-Krise 1934 (= Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Band 75), Berlin 1994; Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Bindlach 1989; Ders.: Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934, Reinbek 1984; Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, Augsburg 1999; Klaus-Jürgen Müller: Armee und Drittes Reich 1933-1939 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), 2. Aufl., Paderborn 1989.

det, entwickelte sich die SA im folgenden Jahrzehnt zu einer Massenorganisation. Oberster SA-Führer war seit 1930 Adolf Hitler. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung und der Gleichschaltung, das heißt der Fusionierung mit vaterländischen und Wehrverbänden, zählte die SA schließlich 4,5 Millionen Mitglieder. Stabschef der SA, damit nach Hitler der wichtigste Mann und eigentlicher Befehlshaber, war seit Herbst 1930 der Reichswehrhauptmann a.D. Ernst Röhm. Er forderte für sich und seine SA nach dem 30. Januar 1933 Einfluß und Ämter.

Die der nationalsozialistischen Machtergreifung folgenden Terrormaßnahmen brachten ungefähr 25.000 SA-Männern einen Posten als Hilfspolizist oder KZ-Bewacher. Bis zum Herbst 1933 konnte sich das Gewaltpotential der SA auf diese Weise quasi legal abreagieren. Dann wurden die SA-Hilfspolizisten entlassen und die Konzentrationslager schrittweise der SS unterstellt. Ein neues Ventil fand die Aggressivität der SA in der Forderung nach einer „Zweiten Revolution“. Da viele SA-Männer im Jahr nach der Machtergreifung immer noch arbeitslos und auf Unterstützung angewiesen waren, gewann die Revolutionsrhetorik eine sozialpolitische Dimension, die Hitlers konservative Unterstützer aufschreckte. Zudem geriet der Stabschef der SA mit der Reichswehrgeneralität in einen Interessenkonflikt. Röhm's Ziel war, aus der SA eine Milizheer zu formen und die Reichswehr auf militärische Ausbildungsfunktionen zu beschränken. Die Generalität wiederum sah in der Reichswehr den einzigen Waffenträger der Nation. Die Forderungen des SA-Stabschefs waren deshalb für die Militärs nicht akzeptabel. Röhm zerstritt sich aber auch mit den anderen Machtgruppierungen in Staat und Partei, so daß viele Personen ein Interesse an seinem Scheitern und am Untergang der SA hatten. Zu den Feinden des Stabschef der SA gehörten auch der preußische Ministerpräsident und Reichsminister, Hermann Göring, der Reichsführer-SS und Chef der politischen Polizei, Heinrich Himmler, sowie der Chef des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, Reinhard Heydrich. Göring sah sich als preußischer Ministerpräsident durch Röhm's Sonderbeauftragte bei den preußischen Behörden in seiner Macht bedroht. Himmler, zu diesem Zeitpunkt als Reichsführer-SS noch der SA unterstellt, gedachte sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen und ging deswegen eine Allianz mit Göring ein. Heydrich als Chef des SD verhandelte dagegen mit der Reichswehr. Sein Ansprechpartner war Generalmajor Walter v. Reichenau, der das Ministeramt im Reichswehrministerium leitete. Auch bei vielen Parteigranden war Röhm wenig angesehen, boten doch seine Homosexualität und die Cliqueswirtschaft der SA genügend Anlaß zur Kritik.

Röhm's Feinde begannen zögerlich mit der Kontaktaufnahme und Interessenabstimmung. Sie unterstellten dem Stabschef und seiner SA die Planung eines Staatsstreiches und sammelten vorgeblich und tatsächlich belastendes Material. Parallel dazu legten Parteikreise, Gestapo und SS „schwarze Listen“ mit den Namen von Todeskandidaten an. Je weiter die

Absprachen gediehen, desto mehr drängte alles in Richtung auf eine gewaltsame Lösung des Konflikts. Der entscheidende Anstoß kam jedoch nicht von der SA, sondern aus der Gruppe konservativer Regimekritiker um Vizekanzler Franz v. Papen. Der stellvertretende Regierungschef hatte am 17. Juni 1934 an der Universität Marburg eine Rede gehalten, in der er teilweise harsche Kritik am NS-Regime geübt hatte. Damit war eine Situation gegeben, die es Hitler ermöglichte, mit der Niederschlagung eines „Putsches“ auch andere innenpolitische Schwierigkeiten auszuräumen. Zeitgleich mit der Entmachtung der SA wurden auch die Kritiker um v. Papen ausgeschaltet, womit zwei Probleme zugleich gelöst waren.

Hitler befahl Ernst Röhm, eine SA-Führerbesprechung zum 30. Juni 1934 10.00 Uhr im bayerischen Bad Wiessee einzuberufen. Früh am Morgen erschien Hitler persönlich am Tagungsort. Er ließ die dort versammelten SA-Führer aus den Betten holen, verhaften und nach München überstellen. Andere wurden bei ihrer Ankunft auf dem Münchener Hauptbahnhof abgefangen. Die Verhafteten kamen in das Konzentrationslager Dachau oder in das Gefängnis München-Stadelheim und wurden von SS-Männern sofort erschossen. Ernst Röhm, ebenfalls in Stadelheim eingeliefert, starb am Abend des 1. Juli auf Befehl Hitlers. Ohne Zögern erledigte Theodor Eicke, der mittlerweile zum Inspekteur der Konzentrationslager ernannte Kommandant des KZ Dachau, gemeinsam mit seinem Adlatus, Michael Lippert, den Mordauftrag. Die Verhaftungen in Bayern lösten eine vorbereitete Aktion im gesamten Deutschen Reich aus, die rasch den vorgegebenen Rahmen sprengte und mehr als Hundert Opfer forderte. Eine amtliche Todesliste enthält 83 Namen, darunter fast die gesamte SA-Prominenz und viele konservative Gegner.¹⁶ Nirgends vermerkt wurden die Opfer selbtherrlicher Entscheidungen, so wie Kurt Mosert. Per Gesetz wurde das Massaker nachträglich sanktioniert. Am 3. Juli 1934 erließ das Kabinett das „Gesetz über Maßnahmen der Staatsnotwehr“. Es bestand aus einem einzigen Artikel: „Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni, 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.“¹⁷

III. SA-Häftlinge im KZ Lichtenburg

Am 22. September 1934, gerade aus der KZ-Haft entlassen, notierte Hermann Berchtold: „Viele Sittlichkeits- und Schwerverbrecher von über 30 Jahren Gefängniszeit haben mir dort versichert, daß sie eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren einer Dunkelhaft von einundvierzig Tagen, unter den Bedingungen, wie sie mir diktiert waren, vorziehen

¹⁶ Vgl. BArch Berlin, NS 23, Nr. 475.

¹⁷ RGBl., 1934 I, S. 529.

würden.“¹⁸ Berchtold, aus dessen Bemerkung durchaus Stolz herauszulesen ist, daß ihm am eigenen Leib erfahrene schlimme Haftbedingungen die Achtung von Kriminellen eintrug, war zumindest in Süddeutschland kein Unbekannter. Als SA-Obergruppenführer repräsentierte er in Württemberg den NS-Staat an hervorgehobener Stelle. Mit Sicherheit hätte er Wochen zuvor auf die Anerkennung dieser Kriminellen verzichtet, sie womöglich in ein Konzentrationslager sperren lassen. Nun war Berchtold selbst „dort“ gewesen – in einem KZ, und zwar in der Lichtenburg.

Parallel zur Entmachtung und Ermordung Röhm's hatte reichsweit eine große Verhaftungswelle eingesetzt. Da die Dominanz der SA generell gebrochen werden sollte, waren diesmal nicht ehemalige Funktionäre der Arbeiterparteien und Gewerkschaften die Opfer, sondern regimetreue SA-Männer. Eine Zusammenstellung der Geheimen Staatspolizei nennt die Namen von 1124 Personen, die in der Zeit vom 30. Juni bis zum 2. Juli 1934 im gesamten Deutschen Reich verhaftet worden waren.¹⁹ Daß manche Internierungen vollkommen willkürlich erfolgten, belegt die Aussage eines Betroffenen: „Ein Haftbefehl lag nur gegen 3 Kameraden aus dem Amt vor, die übrigen Kameraden hatten sich in Unkenntnis der Sachlage zur Verfügung gestellt.“²⁰

Die verhafteten „Putschisten“ kamen zumeist in Polizeigefängnisse. In Berlin, neben München das Zentrum des „Röhm-Putsches“, wurden sie vor allem in die Gestapo-Zentrale in der Prinz-Albrecht-Straße eingeliefert. Da das Hausgefängnis schnell überfüllt war, nahm das KZ Columbia im Stadtteil Tempelhof viele Verhaftete auf. Aber auch das Columbia-Haus war auf Zugänge nicht eingestellt. Es verfügte über 156 Einzelzellen, die im Durchschnitt mit 450 Gefangenen belegt waren.²¹ Nun kamen weitere 239 Häftlinge hinzu.²² War zuvor eine Zelle mit circa drei Personen belegt, drängten sich nun mindestens vier Häftlinge auf wenigen Quadratmetern.

Um das überfüllte Columbia-Haus zu entlasten, wurden am Mittwoch, den 4. Juli 1934 viele Häftlinge zum Konzentrationslager Lichtenburg überführt. Die genaue Zahl der Verlegten ist allerdings nicht bekannt. Ein undatiertes, von der Gestapo erstelltes „Alphabet. Verzeichnis der bei der Röhm-Revolution Festgenommenen“²³ gibt an, daß von den 1.124 Verhafteten 1.045 bereits entlassen waren, 79 Männer befanden sich noch in Haft. Von ihnen waren 51 in der Lichtenburg inhaftiert. Eine weitere Liste vom 4. August nennt die Namen von 17 Personen, die an diesem Tag dort noch

¹⁸ BArch Berlin, NS 20, Nr. 130 n. fol., Bericht vom 22.9.1934.

¹⁹ Vgl. GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 114.

²⁰ Bundesarchiv, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg (im folgenden: BArch/ZSL), IV 429 AR-Z 134/73, Bl. 349.

²¹ Vgl. Kurt Schilde, Johannes Tuchel: Columbia-Haus. Berliner Konzentrationslager 1933-1936 (= Reihe deutsche Vergangenheit, Band 43), Berlin 1990, S. 26.

²² Vgl. ebenda, S. 35.

²³ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 114, Geheime Staatspolizei, Alphabet. Verzeichnis der bei der Röhm-Revolution Festgenommenen 1934.

festgehalten wurden.²⁴ Neun Namen sind in der ersten Aufstellung nicht genannt. Das heißt, daß zwischen 4. Juli und 3. August weitere Gefangene aufgenommen wurden. Ein im Konzentrationslager beschäftigter Einwohner Prettins meinte, daß 73 SA-Führer eingeliefert worden wären²⁵, und ein SA-Häftling gab zu Protokoll, daß er gemeinsam mit 60 Männern aus dem Columbia-Haus nach Prettin überstellt worden war.²⁶

Am Morgen des 5. Juli 1934 kamen die verhafteten SA-Männer in Prettin an. Auf dem Schloßhof wurden sie von Theodor Eicke, dem Inspekteur der Konzentrationslager und dessen Adjutanten, Hans Weibrecht, sowie dem Lagerkommandanten, Bernhard Schmidt, und dem Führer der Wachtruppe, Edgar Entsberger, in Empfang genommen. Entsberger brüllte die Häftlinge in zusammenhanglosen, aber so martialischen Sätzen an, daß diese mit dem Schlimmsten rechneten. Sie wurden auch geschlagen. Im Vergleich zur „Begrüßungszeremonie“ bei politischen und kriminellen Häftlingen verlief die Aufnahme der SA-Männer im KZ aber vergleichsweise harmlos. Von Prügelorgien und anderen Exzessen ist nichts bekannt.

So heterogen die Zusammensetzung der SA-Häftlinge war, so unterschiedlich war deren Behandlung. Lediglich das Aufnahmeprocedere war anscheinend für alle identisch. Nach ihrer Ankunft wurde den SA-Häftlingen die Lagerordnung verkündet. Danach wurden sie in zwei Gruppen geteilt. Die Führerdienstgrade, das heißt alle Männer vom SA-Sturmführer an aufwärts, wurden von den Männern mit niederen Dienstgraden oder ohne SA-Mitgliedschaft abgesondert. Wieviel Personen den einzelnen Gruppen angehörten, läßt sich nicht rekonstruieren, da in den Verhaftungslisten keine Dienstgrade angegeben sind. Nach einigen Tagen, möglicherweise aufgrund von Entlassungen, wurde die Teilung wieder aufgehoben.

Der Bericht eines namentlich nicht bekannten SA-Obertruppführers – also eines niederen Dienstgrades – schildert anschaulich das weitere Geschehen nach dem Eintreffen. Der SA-Mann gab an, daß er und seine Mitgefangenen in einen großen Saal geführt wurden. Sie mußten sich entkleiden und sämtliche Wertsachen abliefern. Anschließend wurden ihnen Haare und Bart geschoren. Diese Aufgabe erledigte ein „Berufsverbrecher“, was der Berichterstatter als besonders ehrabschneidend empfand. Dann erhielten alle Sträflingskleidung und wurden in Gruppen zu je acht Mann auf Zellen gelegt. Die Zellen waren mit einer Pritsche und einer Bank, auf der drei Personen Platz fanden, ausgestattet. Die SA-Häftlinge wurden auch zu leichteren Arbeiten herangezogen. Sie mußten Strohsäcke stopfen, ihre Zelle, aber auch die Latrinen reinigen. Ansonsten verbrachten sie, wie der Zeuge berichtete, den ganzen Tag mit

²⁴ Vgl. ebenda, Nr. 39/3, Geheime Staatspolizei, Politische Bewegungen, Parteien, Vereine (SA, SS, ST) 1934-1936 (Beiheft 1), Bl. 273ff.

²⁵ Vgl. ebenda, Bl. 233, Anlage 1.

²⁶ Vgl. BArch/ZSL, IV 429 AR-Z 134/73, Bl. 351.

Nichtstun und Warten auf eventuelle Vernehmungen. Seit dem fünften Tag ihres Aufenthaltes im Konzentrationslager, den 9. Juli 1934, konnten die SA-Häftlinge in der Kantine zusätzlich Lebensmittel erwerben.²⁷

Abgesehen von den Schikanen bei der Begrüßung und Schlägen, sofern sich ein Häftling partout nicht in sein Schicksal fügen wollte, scheint es nur sporadisch zu Gewaltanwendungen gekommen zu sein. Dem berichtenden SA-Obertruppführer ist nur ein Fall bekannt geworden, in dem ein Häftling mit Prügelstrafe und 14 Tagen Bunker bestraft wurde.²⁸

Zu den „Ehrenhäftlingen“ zählten sowohl die SA-Männer als auch die konservativen Kräfte aus dem Umfeld des Vizekanzlers Franz v. Papen. Gleich drei seiner Mitarbeiter, Fritz Günther v. Tschirschky, Friedrich Karl v. Savigny und Walter Hummelsheim, waren in die Lichtenburg gebracht worden.²⁹ Prominentester „Ehrenhäftling“ war zweifellos Karl Léon Graf Du Moulin Eckart auf Bertholdsheim. Du Moulin Eckart, am 11. Januar 1900 geboren, hatte an den Universitäten München und Erlangen Rechts-, Staats- und Forstwissenschaften studiert. Im Jahr 1929 wurde er mit einer Arbeit über Spionage und ihre Behandlung im Straf- und im Völkerrecht zum Dr. iur. utr. promoviert.³⁰ Möglicherweise gab das Thema seiner Dissertation den Ausschlag, daß er nach Röhm's Ernennung zum SA-Stabschef mit dem Aufbau und der Leitung eines SA-eigenen Nachrichtendienstes beauftragt wurde. Jedoch war er mit seiner Arbeit nur wenig erfolgreich und wurde schon bald abgelöst. Reinhard Heydrich und sein ungleich erfolgreicherer SS-Nachrichtendienst drängten Du Moulin Eckart vollkommen ins politische Abseits.³¹ Trotzdem stellte er in den Augen der SS und des Sicherheitsdienstes offenbar eine Gefahr dar. So wurde selbst in der nationalsozialistischen Führungsriege angenommen, er sei liquidiert worden. Alfred Rosenberg, der Chefideologe der NSDAP, notierte in seinem Tagebuch, daß unter den in München ermordeten SA-Führern auch Du Moulin Eckart gewesen wäre.³² Ein Gestapo-Mitarbeiter vermerkte in

²⁷ Vgl. ebenda, Bl. 349ff.

²⁸ Vgl. ebenda, Bl. 357.

²⁹ Vgl. Franz von Papen: *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 354; Fritz Günther von Tschirschky: *Erinnerungen eines Hochverrätters*, Stuttgart 1972, S. 196.

³⁰ Vgl. Karl Léon Graf Du Moulin Eckart: *Die Spionage und ihre Behandlung nach Völkerrecht und Reichs-Strafrecht unter besonderer Berücksichtigung des Entwurfes zu einem Allgemeinen deutschen Strafgesetzbuch von 1927*, Coburg 1928.

³¹ Vgl. Shlomo Aronson: *Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD (= Studien zur Zeitgeschichte, herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte)*, Stuttgart 1971, S. 44, S. 193.

³² Vgl. Hans Günther Seraphim: *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40*, Göttingen 1956, S. 35. Zum angeblich homosexuellen Hintergrund, der zur Verhaftung führte vgl. Lothar Machtan: *Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators*, Frankfurt/Main 2003, S. 211ff., S. 247.

der Auflistung der inhaftierten SA-Männer hinter dessen Namen: „nicht zur Entlassung geeignet“³³.

Die „Ehrenhäftlinge“ genossen bald Privilegien und wurden von anderen Häftlingen versorgt. Walter Kramer, wegen seiner Tätigkeit für die Schwarze Front³⁴ in der Lichtenburg interniert, erinnerte sich nach dem Krieg: „[A]m Morgen des 4. August kam der Kompanieführer, SS-Scharführer Reinicke, in meine Zelle; ich durfte ‚rühren‘, und er erklärte mir sehr ruhig die Situation auf der Belegschaft: außer uns wären auf der Etage einige ‚hohe Tiere‘ inhaftiert, – ‚Ehrenhäftlinge‘. Sie würden keine Ordnung halten und könnten das anscheinend auch nicht. Es würden schlimme Zustände herrschen. [...] Zwar hätte er den Auftrag, uns streng voneinander isoliert in Einzelhaft zu halten, er würde uns aber aus unseren Zellen herauslassen, damit wir gründlich aufräumten und Ordnung schafften...“³⁵ Außerdem blieben die Zellen der „Ehrenhäftlinge“ während des Tages unverschlossen. Ein weiteres Privileg war, daß sie am Tage jederzeit zur Latrine gehen konnten. Sie mußten sich zuvor nur auf der Wachstube melden, dann ging einer der SS-Männer mit.³⁶

Besonders prominente „Ehrenhäftlinge“, wie Du Moulin Eckart und Werner v. Alvensleben, ein Hitler-Vertrauter aus frühen Tagen, erhielten Einzelzellen. In den ersten Tagen in der Lichtenburg wurden möglicherweise auch sie zu leichteren Arbeiten herangezogen. Von den „Ehrenhäftlingen“ erinnerte sich nur der Papen-Mitarbeiter, Fritz Günther v. Tschirschky, an schwere körperliche Arbeit bei unzureichender Ernährung.³⁷ Der Gehalt seiner Erinnerung ist zumindest fragwürdig, weil er bereits am 6. Juli 1934, nach zwei Tagen Haft in der Lichtenburg, wieder entlassen wurde.

Das Schicksal des oben zitierten Obergruppenführers Hermann Berchtold weicht deutlich vom Los der übrigen „Ehrenhäftlinge“ ab. Am 2. Juli 1934 in Crailsheim verhaftet, wurde er zunächst ins Konzentrationslager Dachau überstellt. Von dort brachten ihn zwei SS-Bewacher am folgenden Tag mit einem Flugzeug nach Berlin. In Berlin angekommen wurde er dem gerade abgehenden Transport zum KZ Lichtenburg zugeteilt. Im Gegensatz zu den Schilderungen des unbe-

³³ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 114, Geheime Staatspolizei, Alphabet. Verzeichnis der bei der Röhm-Revolution Festgenommenen 1934. Du Moulin Eckart wurde erst im Jahr 1936 im KZ Dachau aus der Haft entlassen. Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich, S. 301.

³⁴ Die Schwarze Front war ein loser Zusammenschluß politischer Splittergruppen nationalrevolutionärer Gesinnung. Zu ihr zählte die „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten“, die von Otto Strasser (NSDAP-Mitglied 1925-1930) gegründet worden war. Der Einfluß der Schwarzen Front, die vor allem Anfang der 30er Jahre aktiv war, blieb allerdings marginal. Die Gestapo widmete den Aktivitäten der Schwarzen Front jedoch stets einen eigenen Abschnitt den monatlichen Lageberichten.

³⁵ AGL, 831G, Erinnerungsbericht Walter Kramer, Bl. 220.

³⁶ Vgl. ebenda, Bl. 224.

³⁷ Vgl. Tschirschky, Erinnerungen, S. 196.

kannten SA-Obertruppführers konnte sich Berchtold an keine aggressive Begrüßungsansprache durch die versammelte Lagerführung erinnern. Es scheint, daß er sofort von den anderen Häftlingen separiert und in den Zellenbau gebracht wurde. Dort blieb er für 41 Tage in Dunkelhaft gesperrt. Berchtold war der einzige „Ehrenhäftling“, der solche Behandlung erfuhr. Nach dem Ende der Dunkelhaft kam er zur 4. Kompanie, in der sich auch die anderen SA-Häftlinge befanden.³⁸ Zwei Wochen darauf wurde er mit anderen SA-Führern wieder zurück ins Columbia-Haus nach Berlin verlegt. Eine Erklärung, weshalb der SA-Obergruppenführer sechs Wochen isoliert in Haft gehalten wurde, ist in den Akten nicht überliefert. Eine Vernehmung fand im Konzentrationslager Lichtenburg nicht statt. Die Verhöre in Berlin drehten sich, Berchtolds eigenen Angaben zufolge, eher um Einzelheiten aus seinem Dienstag.³⁹

Auf der undatierten Gestapoauflistung ist hinter 36 von 51 Namen vermerkt, daß die betreffende Person im Zeitraum vom 2. Juli bis zum 11. August 1934 entlassen wurde. Zwei Häftlinge waren zur Entlassung vorgeschlagen. Dreizehnmal vermerkte ein Gestapomitarbeiter „eignet sich keinesfalls zur Entlassung“, unter anderem bei Berchtold, Du Moulin Eckart und v. Alvensleben.⁴⁰

IV. *Die Ermordung des SA-Obersturmbannführers Mosert*

Die zentral angeordnete und geplante Internierung von SA-Männern und konservativen Kräften im Konzentrationslager Lichtenburg ist vom eigenständigen Vorgehen regionaler Stellen gegen SA-Führer zu unterscheiden. Aus diesem Grund kann der SA-Obersturmbannführer Kurt Mosert, obwohl er ungefähr einen Tag in der Lichtenburg interniert war, nicht den „Ehrenhäftlingen“ zugerechnet werden. Daß überhaupt Einzelheiten um Moserts Tod überliefert sind, verdankt sich der Hartnäckigkeit seiner Eltern. Insbesondere sein Vater wandte sich permanent mit „Hilferufen“ an staatliche und Parteistellen. Ungeachtet der braunen Phraseologie geben diese Eingaben einen detaillierten Überblick über den Ablauf des

³⁸ Walter Kramer erinnerte sich: „Etwa 8 Tage danach [nach der Einteilung Kramers zu Reinigungsarbeiten im Aufenthaltsbereich der ‚Ehrenhäftlinge‘ – D.S.] wurde er aus dem Bunker heraufgeholt; er hatte demnach etwa 40 Tage dort gegessen und zwar in Dunkelhaft. Ich scheuerte die Treppe und er mußte an mir vorüber. Leichenblaß und ein wenig schwankend stieg er die Stufen hinauf.“ AGL, 831G, Erinnerungsbericht Walter Kramer, Bl. 229.

³⁹ Berchtold wurde u.a. gefragt, warum die SA einen Staatskredit der württembergischen Regierung erhalten hatte und nicht die SS, die zur selben Zeit in Ellwangen eine Einheit aufstellte. Möglicherweise wurde Bestechung, Vorteilsnahme oder Unterschlagung vermutet. Vgl. BArch Berlin, NS 20, Nr. 130 n. fol., Bericht vom 22.9.1934.

⁴⁰ Vgl. GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 114, Geheime Staatspolizei, Alphabet. Verzeichnis der bei der Röhm-Revolution Festgenommenen 1934.

Mordgeschehens. Auch wenn nicht mehr jede Einzelheit auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen ist, kann doch angenommen werden, daß die Angaben den Tathergang im wesentlichen korrekt wiedergeben.

Kurt Mosert wurde am Sonntag, den 1. Juli 1934, nachts gegen 3.00 Uhr vom Landrat des Kreises Torgau, Dr. Wilhelm Jung, telefonisch zu einer Besprechung in die Husarenkaserne am Stadtrand von Torgau bestellt. Ein Anruf um diese Zeit ließ Mosert wahrscheinlich eine äußerst dringliche Angelegenheit vermuten, so daß er sich gemeinsam mit seinem Adjutanten Haferkorn unverzüglich zum angegebenen Ort begab. Seine Überraschung wird groß gewesen sein, als ihm dort der SS-Obersturmbannführer Curt Brasack von der 91. SS-Standarte seine Verhaftung verkündete. Welche Gründe Brasack anführte und ob der Adjutant Haferkorn auch verhaftet wurde, ist nicht bekannt. Mosert kam zunächst in das Torgauer Polizeigefängnis.⁴¹ Am folgenden Tag, wiederum nachts, ungefähr zwischen 2.00 und 3.00 Uhr überführten bewaffnete SS-Männer den SA-Führer in das Konzentrationslager Lichtenburg. Am 3. Juli 1934 wurde Kurt Mosert von der Lagerwache, angeblich bei einem Fluchtversuch, erschossen.⁴² Der Vater, Paul Mosert, wußte außerdem zu berichten, daß am 2. oder 3. Juli ein SS-Brigadeführer mit einem Flugzeug auf den Elbwiesen gelandet war und sofort mit einem Auto zur Lichtenburg gebracht wurde.⁴³ Dieser Brigadeführer wird wahrscheinlich Theodor Eicke gewesen sein, der zu diesem Zeitpunkt gerade mit der Reorganisation des KZ Lichtenburg beauftragt war.

Was waren die Gründe, die zur Verhaftung und Erschießung Moserts führten? Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst nötig, seine Person kurz zu charakterisieren. Kurt Mosert trat am 1. August 1927, gerade 20 Jahre alt, in die NSDAP ein. Auch in der SA wurde er Mitglied. In der NSDAP fungierte Mosert als stellvertretender Propagandaleiter und als Kassenwart verschiedener Ortsgruppen in Wittenberg⁴⁴ und Sangerhau-

⁴¹ Nach der Verhaftung und Einweisung ins Polizeigefängnis und vor der Überstellung nach Lichtenburg wurde Mosert noch in zwei andere Gefängnisse gebracht. Vgl. ebenda, Nr. 39/3, Bl. 254. Einem Schreiben des Führers der SA-Gruppe Mitte vom 25.7.1934 zufolge kam Mosert zunächst ins Untersuchungsgefängnis Torgau und wurde von dort ins Polizeigefängnis überführt. Vgl. ebenda, Bl. 233. Als drittes Gefängnis käme noch das spätere Wehrmachtsgefängnis Fort Zinna in Frage.

⁴² Einer Dokumentenabschrift im Archiv der Gedenkstätte Lichtenburg zufolge wurde Mosert noch am 2.7.1934 um 23.00 Uhr ermordet. Vgl. AGL, 809 G/2.

⁴³ Vgl. GStAPK. HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 240f.

⁴⁴ Im Adreßbuch des Kreises Wittenberg wird Moserts Tätigkeit 1933 unter der Rubrik „NSDAP Wittenberg“ und 1934 unter „SA-Dienststellen“ mit folgendem Eintrag belegt: „SA.-Sturmbann I/20, Wittenberg, ... Führer des Sturmbannes: Sturmbannführer Kurt Mosert“. 1934 wird Kurt Mosert auch als Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse I genannt. Über Moserts NSDAP- und SA-Aktivitäten in Wittenberg existieren keine weiteren Dokumente. Auskunft des Stadtgeschichtlichen Zentrums Wittenberg, Karin Binder, vom 18.11.2002.

sen⁴⁵. Die SA-Führung übertrug ihm 1932 die Leitung des 35. Sturmes der Standarte 72. Im Folgejahr führte er bereits einen Sturmbann (I/20). Im Jahr 1934 kehrte Mosert als deren neuer Führer zur Standarte 72 zurück. Diese Standarte hatte ihren Dienstsitz in Torgau, weshalb auch Mosert nach dort wechselte.

Von Moserts Partei- und SA-Aktivitäten kündeten seine Teilnahme an vielen Propagandaveranstaltungen⁴⁶ und diverse Verletzungen. Im „Kampf für die Bewegung“ erlitt Mosert u.a. eine doppelseitige schwere Gehirnerschütterung sowie diverse Kopf- und Stichverletzungen. Er wurde auch gerichtsnotorisch und verbüßte in der Weimarer Republik Haftstrafen wegen Landfriedensbruch, Bündelei⁴⁷ und Vergehens gegen das Uniformverbot⁴⁸. Daß Mosert überzeugter Nationalsozialist war, wird auch daran erkennbar, daß ihm das goldene Ehrenzeichen der NSDAP verliehen wurde. Diese Auszeichnung erhielten „Parteigenossen und -genossinnen mit der Mitgliedsnummer unter 100.000“ oder solche, die „sich um die nat. soz. Bewegung und um die Erreichung ihrer Ziele besonders verdient gemacht“ hatten.⁴⁹ Obertruppführer C. Hillebrandt⁵⁰, Verwaltungsführer im Stab der 72. Standarte, charakterisierte Mosert folgendermaßen: „fanatischer und glühender Freiheitskämpfer für das Dritte Reich und trotz seines jungen Alters ein grosses Vorbild an Tapferkeit“.⁵¹ Das heißt, Mosert war ein überzeugter Nazi, ein Schläger, der keinen Anlaß ausließ, Streit mit dem politischen Gegner zu suchen und mit handgreiflichen Mitteln auszutragen.

Am 5. März 1934 beauftragte der Stabsführer der SA-Gruppe Mitte Mosert mit der Führung der Standarte 72 in Torgau. Da diese Standarte

⁴⁵ Im Stadtarchiv Sangerhausen gibt es keine Dokumente zu Mosert. Telephonische Auskunft des Stadtarchivs Sangerhausen, Frau Hopfstock, vom 21.2.2005.

⁴⁶ Mosert hatte sowohl an den NSDAP-Parteitagen der Jahre 1927, 1929 und 1933 als auch am SA-Aufmarsch in Braunschweig am 18.10.31 teilgenommen. In Braunschweig hatte Hitler mehr als 100.000 SA-Männer aufmarschieren lassen, um seinen rechtskonservativen Verbündeten seine Macht zu verdeutlichen.

⁴⁷ Gemeint ist hier Geheimbündelei, die nach § 128 StGB an einfachen Mitgliedern einer Verbindung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft wurde. In der Weimarer Republik wurden § 128 und § 129 (Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verschwörung) in Verbindung mit dem Republikenschutzgesetz vom 25.3.1930 zur Bekämpfung republikfeindlicher Kräfte eingesetzt.

⁴⁸ „Das Tragen von Abzeichen oder einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung verboten.“ Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens (8.12.1931). In: documentArchiv.de (Hg.), URL: http://www.documentArchiv.de/wr/1931/wirtschaft-finanzen-frieden_reichspraesident-vo04.html, Stand: 11.4.2003.

⁴⁹ Meyers Lexikon. 8. Aufl., 8. Band, Leipzig 1940, Sp. 121.

⁵⁰ In den Dokumentabschriften im GStAPK finden sich die Namensformen Hillebrandt und Hildebrandt. Vgl. GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 251, Bl. 256. Laut Adreßbuch lebte in Wittenberg nur ein Carl Hillebrand. Auskunft des Stadtgeschichtlichen Zentrums Wittenberg, Karin Binder, vom 18.11.2002.

⁵¹ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 251.

angeblich nicht zu den besten gehörte, erhielt der junge SA-Führer den Auftrag, die Einheit innerhalb von vier Monaten zu reorganisieren. Ob und wie er seinen Auftrag erfüllte, läßt sich heute nicht mehr klären. Fest steht jedoch, daß Mosert in den ersten Wochen nach der Übernahme seines Amtes Initiative entfaltete. So richtete er mehrere Anträge an die Stadtverwaltung und bat um materielle Unterstützung für seine Standarte.⁵² Über seinen eigentlichen Auftrag hinaus nahm er auch als Gemeinderat der Stadt Torgau an dessen Sitzungen teil. Wahrscheinlich ist, daß er auch während dieser Sitzungen für seine SA-Männer und seine Standarte das Wort ergriff.⁵³

Im Bereich der Standarte 72 lag auch das Konzentrationslager Lichtenburg. Dort kam es immer wieder zu Zusammenstößen von SS-Männern der Lagerwache und von SA-Angehörigen aus Prettin und Umgebung. Der Anlaß für den Streit lag wohl eher in den Persönlichkeiten der SS- oder SA-Männer begründet und machte sich nicht an grundsätzlichen Dingen fest. Mehrmals wurden SA-Leute, „darunter der Bürgermeister Reichmann, Prettin, von der Standarte 13, welche vom Dienst nach Hause gingen, auf einer, als Träger der Bewegung ungebührlichen Art und Weise belästigt“⁵⁴, wußte Obertruppführer Hillebrandt zu berichten. Mosert suchte die Aussprache mit den Verantwortlichen und rief im Konzentrationslager an. Einmal sprach er sogar mit SS-Brigadeführer Theodor Eicke⁵⁵, der zu diesem Zeitpunkt gerade in Lichtenburg weilte. Angeblich versprach Eicke, Abhilfe zu schaffen. Nach einem erneuten Übergriff – Eicke war bereits wieder in München – ereiferte sich Mosert gegenüber Lagerleiter Bernhard Schmidt: „Wer meine Männer anfasst, fasst mich an und wer mich anfasst und keine Berechtigung dazu hat, also nicht von der ordentlichen Polizei beauftragt ist, dem werde ich mich mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen, und wenn ich ihn erschlagen oder erschossen soll, da ich ja dann in berechtigter Notwehr handele!“⁵⁶ Welche Seite den Anlaß für die häufigen Auseinander-

⁵² Vgl. Stadtarchiv Torgau (im folgenden: StAT), 859, Tagebuch 1934. Hier Einträge Nr. 521, 29.3.1934: Antrag auf Schaffung einer Badeanstalt für die SA am 1. Bühnenfeld unter der Eisenbahnbrücke; Nr. 522, 29.3.1934: Antrag auf Überlassung des Gebäudes um die Lünette Zwethau als Übungsplatz; Nr. 573, 10.4.1934: Beschaffung von Räumlichkeiten für den Nachrichtensturmbann 72; Nr. 590, 22.3.1934: Überlassung von Räumlichkeiten und Büromöbeln.

⁵³ Mosert nahm am 29.3.1934 erstmals als Gemeinderat an einer Sitzung der vorläufigen Gemeinderäte teil. Er meldete sich beim Thema Wohnungsbau zu Wort und forderte eine verstärkte Siedlungstätigkeit am Stadtrand. Vgl. ebenda, Nr. 808, Niederschriften über Sitzungen der Gemeinderäte, 29.1.1934-15.3.1937, Bl. 6ff.

⁵⁴ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 252.

⁵⁵ Hillebrandt berichtet von einem „SS.-Brigadeführer Eigh“, mit dem Mosert am 29.5.1934 telephonierte hätte. Da Eicke am Tag zuvor im KZ Lichtenburg eingetroffen war, kann nur dieser gemeint sein.

⁵⁶ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 253.

setzung bot, läßt sich heute nicht mehr ermitteln, da nur Aussagen von SA-Leuten vorliegen, die die SS-Männer als Schuldige sahen. Einzig sichere Erkenntnis ist, daß keine Seite eine Entspannung der Lage vorantrieb. Sowohl die Persönlichkeitsstruktur von Eicke, dessen rabiate Art bekannt ist, als auch die von Mosert, dessen Charakter durch das oben angeführte Zitat deutlich wird, ließen offenbar keinen Schritt zurück zu. Unter diesen Verhältnissen baute sich Druck auf, der nach Entspannung strebte. Daß gerade der „Röhm-Putsch“ diese Krise löste, ist Zufall.

Die eingangs erwähnte Klage des Ehepaars Mosert gegen den preußischen Staat wurde zunächst verschleppt. Am 18. Oktober 1934 schickte der Torgauer Landgerichtspräsident das Armenrechtsgesuch als Abschrift an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Naumburg mit dem Vermerk: „Ich habe die Urschrift absichtlich noch nicht in den Geschäftsgang gegeben. Ich nehme an, dass im Staatsinteresse die Sache anderweit, ohne Klage, erledigt werden kann.“⁵⁷ Wie nicht anders zu erwarten, lehnte das Gericht den Antrag der Moserts ab.⁵⁸ Die Eingaben des Vaters bescherten der Berliner Ministerial- und Parteibürokratie einige Arbeit und Aufregung. Um endgültige Ruhigstellung in diesem und allen ähnlichen Fällen bemüht, schrieb Paul Körner, Staatssekretär im Preußischen Staatsministerium im November 1934 an den „lieben Reichsführer“, Heinrich Himmler: „Es erscheint mir im allgemeinpolitischen und im Staatsinteresse unerlässlich, dass die Schadensersatzansprüche des Vater Mosert im Wege des Vergleichs befriedigt werden, damit ein gerichtliches Verfahren vermieden wird. Ich bitte daher, mit Mosert unverzüglich in Vergleichsverhandlungen einzutreten und dabei sicherzustellen, dass Mosert in dem Vergleich darauf verzichtet, im Zusammenhange mit dem Tode seines Sohnes sonst noch irgendwelche Ansprüche geltend zu machen. Um zu verhindern, dass die Ereignisse des 30.6. auf dem Wege über die Stellung von Schadensersatzansprüche später noch einmal aufgerollt werden können, erscheint es mir ferner geboten, einen Ueberblick darüber zu gewinnen, ob und welche Ansprüche von anderer Seite noch gestellt werden könnten und wie in diesen Fällen zu verfahren sei.“⁵⁹ Ob der von Körner vorgeschlagene Weg beschritten wurde, ist nicht bekannt, denn mit diesem Dokument endet die schriftliche Überlieferung im Fall Mosert. Wichtige Einzelheiten, so die Frage, wer Moserts Verhaftung befahl, wer den Mordbefehl gab und wer diesen ausführte, müssen unbeantwortet bleiben. Selbst was mit dem Leichnam geschah, ob er eventuell an die Eltern übergeben wurde, konnte nicht ermittelt werden.⁶⁰

⁵⁷ Ebenda, Bl. 258.

⁵⁸ Vgl. Müller, Zustimmung, S. 51.

⁵⁹ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 266f.

⁶⁰ Im Vergleich mit anderen Hinterbliebenen hatten die Moserts in relativ kurzer Zeit sogar viel Aufklärung erfahren. Walter Häbich, bis zu seiner Verhaftung im Oktober

V. Weitere Mordopfer

Über weitere Todesfälle im Konzentrationslager Lichtenburg existieren keine eindeutigen Angaben. Lediglich aus den Aussagen von Häftlingen geht hervor, daß es mehr als ein Opfer gegeben haben muß. Tatzeugen waren aber auch sie nicht. Der Häftling Walter Müller konnte in einer Zeugenvernehmung nur angeben, daß „die Erschiessung eines SA-Sturm- oder Obersturmführers auf der Lichtenburg“ Anlaß für die Absetzung des Kommandanten der Lagerwache, Edgar Entsberger, gewesen sein soll.⁶¹ Ähnlich unbestimmt sind die Informationen von Alfred Kühnel aus Halle. Kühnel wurde am erst 10. September 1934 im KZ eingeliefert und konnte sich aber 15 Jahre später noch lebhaft an eine seiner ersten Aufgaben erinnern: „Gleich zu Anfang war meine grösste Nervenprobe, als man die erschossenen Röhmanhänger..., die unter Pferdemit vergraben waren und schon halb verwest zum Friedhof Prettin brachte und dort sang- und klanglos verscharrt wurden.“⁶² Die detaillierteste Schilderung stammt von Raimund Hirsch. Er war schon im Juli 1934 in der Lichtenburg und schrieb seine Erinnerungen nach der Haftentlassung im Jahr 1935 nieder: „Nun kam das Ereignis: die Röh-Revolt. Alles mußte auf der Station bleiben. Die Posten waren aufgeregt, alles im Alarmzustand. Nachmittags hatten wir Freistunde. Da hieß es, zehn Mann aus der Döpper-Kolonie, in der auch mein Genosse Schönau war, mußten im Garten ein Loch graben: acht Meter lang, zwei Meter breit und anderthalb Meter tief. Am anderen Morgen war es halb gefüllt, und sie mußten es zuschaufeln, einen Komposthaufen darauf machen und alles sah wieder ganz friedlich aus. Wie viele und wer darin war, wußte keiner, nur die SS.“⁶³ Hirsch weiß auch von der Exhumierung der Leichen zu berichten. Er erinnerte sich, daß das Grab

1933 Redakteur der kommunistischen „Neuen Zeitung“ in München und dann Häftling im KZ Dachau wurde am 1.7.1934 gleichfalls im Zuge des „Röh-putsches“ ermordet. Seine Mutter erhielt am 8.8.1934 eine Todesnachricht. Weitere Auskünfte folgten aber erst im Januar 1935, nachdem sie sich mit einer Eingabe an Hitler gewandt hatte. Im Namen Himmlers wurde ihr daraufhin in lakonischer Kürze mitgeteilt, daß ihr Sohn „im Zuge der Röh-Revolt standrechtlich erschossen worden ist“. Weitere Erklärungen mußten nicht gegeben werden, „[d]a es sich bei der Erschiessung ... um einen Akt der Staatsnotwehr gehandelt hat“. Vgl. Hans-Günter Ricardi: Schule der Gewalt. Das Konzentrationslager Dachau. München/Zürich 1995, S. 238, S. 280, S. 314. Eine Kopie des Briefes an die Mutter ist abgedruckt in: Reinhard Rürup (Hg.): Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, 7. erweiterte Aufl., Berlin 1989, S. 53.

⁶¹ BArch/ZSL, IV 429 AR-Z 134/73, Bl. 334, Aussage vom 19.10.1965. Entsberger wurde zwar wenige Monate später aus der SS ausgeschlossen, verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, ein Zusammenhang zum „Röh-putsch“ besteht allerdings nicht.

⁶² BArch, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, KZ und Hafta Lichtenburg, Nr. 3, Bl. 36, Aussage vom 14.7.1949.

⁶³ Raimund Hirsch: Im KZ Lichtenburg, Cuxhaven 1989, S. 18.

eines Morgens im Januar 1935 leer war und von Häftlingen verfüllt werden mußte sowie an Zinnflecken in den Garagen. Offenbar waren Särge zugelötet worden.⁶⁴

Auch wenn die Erinnerungen von Alfred Kühnel und Raimund Hirsch in Details voneinander abweichen, ist an der Tatsache, daß neben Kurt Mosert weitere SA-Angehörige von der Wachmannschaft des KZ Lichtenburg ermordet wurden, nicht zu zweifeln. Über die Identität der anderen Opfer konnte nur wenig in Erfahrung gebracht werden. Der Hinweis des Häftlings Hirsch auf eine Grube mit circa 16 m² Grundfläche läßt auf weitere Hinrichtungen schließen. Dafür gibt es jedoch keinerlei Beweise. Nur zwei Anhaltspunkte auf weitere Opfer sind überliefert. Im Archiv der Gedenkstätte Lichtenburg befinden sich drei beglaubigte Abschriften aus dem Sterberegister des Standesamtes Prettin. Dem Sterberegister zufolge wurden neben Mosert zwei weitere Personen in Lichtenburg ermordet: der SA-Mann Max Schulze aus Magdeburg und Adalbert Probst, Führer einer katholischen Jugendorganisation. Der Eintrag im Sterberegister erfolgte jedoch erst im November 1934, nachdem die Aufsichtsbehörde die Genehmigung erteilt worden war.⁶⁵ Im Bundesarchiv Berlin ist eine Aufstellung mit den Namen von 83 Personen überliefert, die während des „Röhm-Putsches“ im Deutschen Reich erschossen wurden. Als Opfer des „Röhm-Putsches“ in der Lichtenburg werden Adalbert Probst und Generalmajor a.D. Ferdinand v. Bredow genannt.⁶⁶

a) *Mordfall Probst – Auf der Flucht erschossen?*

An Nummer 46 der im Bundesarchiv liegenden Mordliste steht der Name Adalbert Probst. Probst wurde am 26. Juli 1900 in Regensburg geboren. Als Beruf wird in den Akten Kaufmann genannt. In der Weimarer Zeit galt er als national gesinnter Mann. Er war Mitglied eines Freikorps und verfügte über Beziehungen zum Umfeld des NS-Märtyrers Albert Leo Schlageter. Die Ziele der nationalen Bewegungen kollidierten offenbar mit seinem christlichen Glauben, denn er wandte sich von den nationalen Verbänden ab und engagierte sich statt dessen in der katholischen Jugendarbeit. Im Jahr 1932 trat Probst der Katholischen Sportjugend bei und wurde noch im November des selben Jahres Beauftragter für den Wehrsport in den katholischen Jugendverbänden bei der Reichsleitung der Deutschen Jugendkraft (DJK). Ein Jahr später, auf dem Reichsverbandstag der DJK, avancierte er zum Verbandsleiter. Als im Frühjahr 1934 konfessionellen Verbänden per Verordnung sportliche Betätigung untersagt wurde, geriet

⁶⁴ Vgl. ebenda, S. 22.

⁶⁵ Vgl. AGL, 809 G/2. Die Aufsichtsbehörde, die die Genehmigung erteilt hatte, ist nicht näher definiert. Es ist anzunehmen, daß es die Gestapo war.

⁶⁶ Vgl. BArch Berlin, NS 23, Nr. 475.

Probst anscheinend in offenem Widerspruch zum NS-Regime und auf eine „schwarze Liste“.⁶⁷

Hinter Probsts Namen ist „auf Transport n. Lichtenburg“ und als Todesdatum der 2. Juli 1934 vermerkt.⁶⁸ Auch im Sterberegister des Prettiner Standesamtes ist dieser Tag als Todestag eingetragen.⁶⁹ Einem Vermerk im Geburtenbuch des Standesamtes Regensburg zufolge, beschloß das Amtsgericht Düsseldorf am 30. September 1950 Adalbert Probst mit Wirkung vom 10. Juli 1934 für tot zu erklären.⁷⁰ In diesem Fall kann davon ausgegangen werden, daß der 2. Juli 1934 das tatsächliche Todesdatum markiert. Zum einen sind die Quellen, die dieses Datum nennen, zeitnaher entstanden. Zum anderen legte das Amtsgericht das Datum fest, das den spätmöglichen Todeszeitpunkt benennt.⁷¹ Problematischer ist die in der Quelle genannte Ortsangabe. Probst, der damals in Düsseldorf lebte, befand sich Anfang Juli gerade in Braunlage. Er besuchte dort den Prälaten Ludwig Wolker, der sich nach seiner Entlassung aus der Gestapohaft im Harz erholte. Der DJK-Führer wurde in Braunlage im Beisein Wolkers von vier Gestapobeamteten verhaftet.⁷² Die Möglichkeit, daß er in das KZ Lichtenburg überführt werden sollte, ist zwar wenig glaubwürdig, aber nicht völlig auszuschließen. Eher wahrscheinlich ist, daß Probst der Mordlust örtlicher Gestapo-Beamter oder SS-Männer zum Opfer fiel und gar nicht bis nach Prettin gelangte. Um möglicherweise drohenden unliebsamen Fragen aus dem Wege zu gehen, meldeten die Mörder „auf der Flucht erschossen“ nach Berlin. Die nachträgliche Registrierung seines Todes im Standesamt von Prettin geschah nur, um den Schein der Rechtmäßigkeit aufrecht zu erhalten.

b) *Mordfall Schulze – Tatort unbekannt*

Hinter dem Namen von Max Schulze, Nummer 65 der Mordliste, ist nur das Todesdatum vermerkt: 1. Juli 1934. Über seine Person ist ungleich

⁶⁷ Für die Informationen über Probst danke ich Karl-Günther Fischer, Kreisheimatpfleger des Kreises Goslar.

⁶⁸ Vgl. BArch Berlin, NS 23, Nr. 475.

⁶⁹ Vgl. AGL, 809 G/2.

⁷⁰ Auskunft des Standesamtes Regensburg, Herr Weinmann, vom 07.05.02.

⁷¹ Auf Nachfrage erhielt Prälat Ludwig Wolker am 10.7.1934 von der Gestapo Berlin die Auskunft, daß Probst auf der Flucht erschossen worden sei.

⁷² Daß Probst in Braunlage verhaftet wurde, gibt bereits Drobisch an. Vgl. Drobisch, Lichtenburg, 1997, S. 28, allerdings ohne Quellennachweis. Unterlagen der Ortspolizeibehörde der Stadt Braunlage, aus denen näheres hervorgehen könnte, sind im Stadtarchiv Braunlage nicht überliefert. Telephonische Auskunft des Stadtarchivs/Einwohnermeldeamtes Braunlage, Frau Wolf, vom 27.1.2003. Auch im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover werden keine weiterführenden Dokumente verwahrt. Auskunft des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs Hannover, Dr. Thomas Bardelle, vom 28.1.2003.

weniger in Erfahrung zu bringen als über Probst. Schulze, am 21. Oktober 1900 in Gaildorf (Württemberg) geboren, bekleidete den Rang eines SA-Standartenführers⁷³. Seit Februar 1934 war er stellvertretender Sonderbevollmächtigter des Obersten SA-Führers für die Provinz Sachsen und außerdem Sonderbevollmächtigter beim Regierungspräsidenten in Magdeburg.⁷⁴ Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, warum und auf wessen Geheiß Schulze verhaftet und erschossen wurde. Neben Mosert und Probst ist sein Name der dritte, der nachträglich dem Standesamt Prettin als Todesfall gemeldet wurde.⁷⁵ Als Zeitpunkt des Todes wurde der 1. Juli 1934 23.00 Uhr angegeben.⁷⁶ Schulzes Ermordung im Konzentrationslager Lichtenburg ist wahrscheinlicher als die von Probst. Sofern er in Magdeburg verhaftet worden war, ist es vorstellbar, daß er zur Lichtenburg überstellt werden sollte. Ohne zusätzliche Quellen müssen die Einzelheiten seiner Ermordung jedoch weiterhin ungeklärt bleiben.

c) *Mordfall Bredow – Erschossen in Berlin*

Generalmajor Ferdinand v. Bredow, aus einem bedeutenden deutschen Adelsgeschlecht stammend, wurde im Jahr 1884 in Neuruppin geboren. Während der Weimarer Republik führte er die Abwehrabteilung im Reichswehrministerium. Nachdem aber General Kurt v. Schleicher im Juni 1932 zum Wehrminister ernannt worden war, stieg v. Bredow zum Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium auf. Dieses Amt behielt er auch unter der nur wenige Wochen währenden Kanzlerschaft v. Schleichers (Dezember 1932 bis Januar 1933). Nach der NS-Machtergreifung wurde v. Bredow durch Walter v. Reichenau ersetzt, der maßgeblich an der Inszenierung des „Röhm-Putsches“ Anteil hatte. Auf die „schwarzen Listen“ von Göring oder Himmler geriet der ehemalige Chef des Ministeramts wahrscheinlich wegen einer Exilschrift. In Paris kursierte das „Tagebuch eines Reichswehrgenerals“⁷⁷, von dem die Nationalsozialisten

⁷³ Schulzes Dienstgrad wird in jeder Quelle anders angegeben. In der Mitteilung über seine Berufung wird er als Standartenführer bezeichnet (vgl. LHA Sachsen-Anhalt, Abt. Magdeburg, Rep. C 20 Ib Nr. 358, Bl. 9ff.), in der Opferliste im Bundesarchiv mit SA-Oberführer (vgl. BArch Berlin, NS 23, Nr. 475) und bei der Meldung im Standesamt Prettin mit SA-Brigadeführer (vgl. AGL, 809 G/2).

⁷⁴ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg (LAMag), Rep. C 20 Ib, Nr. 358, Bl. 9ff.

⁷⁵ Vgl. AGL, 809 G/2.

⁷⁶ Dies wurde auch an das Standesamt seines Geburtsortes gemeldet: „Hinweis des Standesamts Prettin a. Elbe gestorben Nr. 45/1934“ und ergänzend mit Bleistift: „War SA-Brigadeführer und Ratsherr der Stadt Magdeburg; wurde am 1.7.1934 als Meuterer standrechtlich erschossen.“ Auskunft von Hans König, Bürgermeister i.R., Gaildorf, vom 22.2.2005.

⁷⁷ Tagebuch eines Reichswehrgenerals. Von Weimar über Potsdam nach... Bearbeitet von Helmut Klotz. Als wöchentliche Fortsetzung abgedruckt in: Die Wahrheit.

annahmen, daß v. Bredow der Verfasser gewesen wäre.⁷⁸ Auch Hitler selbst hätte ein Interesse am Tod v. Bredows haben können. So erinnerte sich Vincenz Müller, ein Adjutant Kurt v. Schleichers und nach 1945 stellvertretender Verteidigungsminister der DDR, daß v. Bredow die Behauptung aufgestellt hatte, Hitlers zeitweilige Erblindung im Ersten Weltkrieg sei ausschließlich hysterischer Art gewesen.⁷⁹

Die Umstände, die zur Ermordung des Generalmajors v. Bredow führten, sind in privaten Papieren, die sich heute im Institut für Zeitgeschichte München befinden, geschildert.⁸⁰ Der Vorsitzende des Bredow'schen Familienverbandes Graf Arthur v. Bredow skizzierte am 3. August 1934 die vorangegangenen Ereignisse und fügte am folgenden Tag noch eine Ergänzung an. Diesem Bericht zufolge wurde das Ehepaar v. Bredow in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1934 in seiner Wohnung in der Berliner Spichernstraße aus dem Schlaf gerissen. Mehrere Polizeibeamte, die sich durch Polizeimarken als Angehörige der Gestapo legitimiert hatten, verhafteten Ferdinand v. Bredow etwa um 2.00 Uhr morgens. Über die Haftgründe verloren sie kein Wort, auch nicht, wohin sie den Generalmajor a.D. bringen sollten. Seiner Ehefrau verboten sie noch, zu telefonieren und am folgenden Tag das Haus zu verlassen. Über das weitere Schicksal v. Bredows können nur Vermutungen angestellt werden, da seiner Familie ebenso wie im Fall Mosert eine konkrete und vor allem korrekte Auskunft vorenthalten wurde.

Ein Stützpunkt der „Antiputschisten“ war die ehemalige preußische Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde. Seit 1933 war in Lichterfelde die Leibstandarte-SS Adolf Hitler (LAH) kaserniert. Bei der Liquidierung der SA-Führer am 1. Juli 1934 spielte die LAH eine herausragende und unrühmliche Rolle. Wahrscheinlich ist, daß auch Ferdinand v. Bredow nach Lichterfelde gebracht werden sollte. In einer Passage des Berichts heißt es: „Aus Privatquellen hat Frau v. Br. erfahren, daß ihr Mann den Hof der Kadettenanstalt Lichterfelde... nicht lebend, sondern schon als Leiche erreicht hat. Er scheint also schon unterwegs, ohne Verhör, niedergeschossen zu sein.“⁸¹ Allerdings wurde dieser Absatz in dem Manuskript zu einem späteren Zeitpunkt wieder gestrichen. Mitte Juli wurden der Familie eine Urne mit der Asche des Ermordeten, sein Portemonnaie und seine

Jahrgang XIII, Prag 1934, Nr. 7 (17.2.1934) bis Nr. 36 (8.8.1934). Eine englische Übersetzung erschien noch vor der deutschen Ausgabe unter dem Titel „From Weimar To Chaos“.

⁷⁸ Vgl. Höhne, Orden, S. 115.

⁷⁹ Vgl. Werner Maser: Adolf Hitler. Legende – Mythos – Wirklichkeit. 12. Aufl., München 1990, S. 148f. und S. 548 Anmerkung 91. Maser beruft sich auf eine persönliche Auskunft Müllers. Diesem hatte v. Bredow berichtet, im Auftrag v. Schleichers Nachforschungen angestellt zu haben. Vgl. dazu: Bernhard Horstmann: Hitler in Pasewalk. Die Hypnose und ihre Folgen, Düsseldorf 2004.

⁸⁰ Vgl. IfZ München – Archiv, ED 86, Band 7.

⁸¹ Ebenda, Bl. 2 des Berichts.

blutbefleckte Uhr übergeben. Eine amtliche Todesnachricht erhielten die Hinterbliebenen jedoch nicht. Diese Version des Geschehens bestätigte auch der Sohn des Opfers, Carl-Hasso v. Bredow, in einem Gespräch.⁸²

Auf der Liste der Opfer im Bundesarchiv ist hinter v. Bredows Namen als Todesort „b. Lichtenburg“ angegeben.⁸³ Es gibt aber keine Anzeichen, daß vor der Verlegung der „Ehrenhäftlinge“ weitere Personen in das KZ Lichtenburg überführt wurden. Der Häftlingstransport vom 4. Juli wurde erst geplant, nachdem die Berliner Gestapo-Gefängnisse überfüllt waren. Eine Einzelverlegung ist äußerst unwahrscheinlich. Aus diesem und auf Grund des oben geschilderten Tatherganges scheidet das Konzentrationslager Lichtenburg als Todesort aus. Wie der Eintrag zustande kam, kann nicht nachvollzogen werden.⁸⁴

Trotz der Recherche in vielen Archiven und unter Einbeziehung bisher nicht beachteter Dokumente konnten nicht alle Punkte restlos geklärt werden. Es wurde nachgewiesen, daß die Lichtenburg Haftstätte für mindestens 61 SA-Männer war. Gesichert ist, daß Lichtenburger SS-Männer Kurt Mosert erschossen. Als sicher kann auch gelten, daß Ferdinand v. Bredow und Adalbert Probst nicht in Prettin oder auf dem Weg dorthin starben, obwohl ein Dokument eben das behauptet. Unklar bleibt, wieviel „Putschisten“ in der Lichtenburg ermordet wurden und wer die Mörder waren.

VI. *Reaktion der Bevölkerung auf die Nachricht vom „Röhm-Putsch“*

Alle Zeitungen im Deutschen Reich kannten am 2. Juli 1934 nur ein Thema: Die Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ durch einen entschlossen und zupackend handelnden Adolf Hitler. Auf mehreren Seiten wurde der Leser über die Ereignisse in München und Berlin in Kenntnis gesetzt. Unter der Überschrift „Geschlossen hinter dem Führer“ informierte die Torgauer Zeitung in einer kleinen einspaltigen Meldung über regionale

⁸² Telephonische Auskunft von Carl-Hasso v. Bredow, Frankfurt/Main, vom 7.11.2002.

⁸³ Vgl. BArch Berlin, NS 23, Nr. 475.

⁸⁴ In der Literatur kursieren weitere unterschiedliche Angaben. Otto Gritschneider gibt als Todesort Lichtenberg an. Vgl. „Der Führer hat Sie zum Tode verurteilt...“. Hitlers „Röhm-Putsch“-Morde vor Gericht, München 1993, S. 60. Laut Longerich, Bataillone, S. 218 und Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Hrsg. von Hermann Weiß, Frankfurt/M. 2002, S. 59 wurde v. Bredow in seiner Wohnung erschossen. In diesem Fall liegt eine Verwechslung vor. Kurt v. Schleicher, v. Bredows langjähriger Vorgesetzter, wurde in seiner Wohnung erschossen. Machtan, a.a.O., S. 246 schreibt unter Bezug auf den Schleicher-Biographen Friedrich-Karl v. Plehwe, v. Bredows Leiche wäre in einen Straßengraben geworfen worden. Bei v. Plehwe ist diese Information jedoch nicht zu finden. Ebenso wird v. Bredows Vorname gelegentlich mit Kurt oder R.W. angegeben. Das zeigt, daß manche Recherche nur oberflächlich erfolgte und Angaben aus der Literatur ungeprüft übernommen wurden.

Aspekte. Obwohl am Wochenende eine große Sportveranstaltung in der Kreisstadt stattgefunden hatte, war der „Röhm-Putsch“ das beherrschende Thema in der Bevölkerung. Deren Informationsbedarf wurde, laut Torgauer Zeitung, „durch Funk und Anschlag“ gestillt. Der aufmerksame Zeitungsleser erfuhr aus der Meldung aber auch, daß es im Kreisgebiet „Putschisten“ gegeben hatte. Die Maßnahmen zu ihrer Ausschaltung seien „in aller Ruhe und in mustergültigem Zusammenarbeiten der damit betrauten Stellen“ erledigt worden. Nun herrsche wieder „absolute Ruhe“. Der zuständige Redakteur versäumte nicht, eine Ergebnisadresse anzufügen: „Partei, SA, SS und die gesamte Bevölkerung stehen, wie nicht besonders betont werden braucht, hinter Adolf Hitler und seinen Getreuen“.⁸⁵

Die kleine Meldung befriedigte die Neugier der Bevölkerung wohl kaum. Wenn auch der Tod Kurt Moserts noch nicht bekannt gewesen sein wird, so doch mit Sicherheit seine Verhaftung. Schließlich war die Sportveranstaltung am Wochenende auch eine Bühne für die Selbstdarstellung der SA gewesen. Bei einer Veranstaltung dieser Größenordnung mußte das Fehlen des höchsten regionalen SA-Repräsentanten auffallen. Im Zuge des „Röhm-Putsches“ waren zudem weitere prominente SA-Führer und Konservative aus der Region verhaftet worden, so der SA-Sonderbeauftragte Hermann Genth⁸⁶ aus Wittenberg und der Kreisleiter des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbundes (NSDFB)⁸⁷, Emil Scheurich⁸⁸. Das plötzliche Verschwinden einzelner Prominenter ließ sich nicht verheimlichen. Zeitungsmeldungen belegen, daß viele Gerüchte kursierten. Gleich zweimal, am 4. Juli und am 7. Juli 1934, sah sich die Presse veranlaßt, eine noch andauernde Schutzhaft bzw. den Tod des sächsischen Ministerpräsidenten und Führers der SA-Gruppe Mitte, Manfred von Killinger, zu dementieren.⁸⁹ Selbst die Haftentlassung der Papen-Mitarbeiter von Tschirschky und von Savigny meldete die Torgauer Zeitung⁹⁰, ohne jedoch

⁸⁵ Torgauer Zeitung (im folgenden: TZ), 2.7.1934, Nr. 151.

⁸⁶ Vgl. Rupieper/Sperk, Lageberichte, Band 2, S. 93.

⁸⁷ Als NSDFB wurden die Reste des einstmals rund 400.000 Mann zählenden Soldatenbundes „Stahlhelm“ bezeichnet. Die jüngeren Jahrgänge des „Stahlhelms“ waren seit April 1933 in die SA eingegliedert worden. Ende 1935 wurde der NSDFB aufgelöst.

⁸⁸ Vgl. Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg (LAMer), Rep. C 48 Ie, Nr. 1189e, Bl. 37f. Nachweisung über die aus Anlaß der Ereignisse des 30. Juni 1934 festgesetzten Schutzhäftlinge. Stand 8.8.1934.

⁸⁹ Vgl. TZ, 4.7.1934, Nr. 153, „Erklärung des SS-Oberabschnitts Mitte“ und 7.7.1934, Nr. 156, „von Killinger unbeteiligt“. Da v. Killinger als sächsischer Ministerpräsident weit bekannt war, wurde die Presseerklärung des SS-Oberabschnitts Mitte in anderen Zeitungen des Reiches veröffentlicht, so zum Beispiel im Württembergischen Staatsanzeiger vom 5.7.1934, Nr. 153. Vgl. auch Andreas Wagner: Mutschmann gegen von Killinger. Konfliktlinien zwischen Gauleiter und SA-Führer während des Aufstiegs der NSDAP und der „Machtergreifung“ im Freistaat Sachsen, Beucha 2001.

⁹⁰ Vgl. TZ, 7.7.1934, Nr. 156, „Auf freien Fuß gesetzt“.

zu wissen, daß beide im Konzentrationslager Lichtenburg inhaftiert gewesen waren. Trotz der offenbar weiterhin umlaufenden Gerüchte nahm sich die Torgauer Zeitung dieses Themas nicht noch einmal an.

Vor allem die Ermordung Kurt Moserts sorgte im Sommer 1934 für Gesprächsstoff in der Region. Als der SA-Obersturmbannführer nach seiner Verhaftung verschwunden blieb, kamen in der Bevölkerung Gerüchte auf. Ob Paul Mosert, von diesem Gerede getrieben, privat Ermittlungen nach dem Aufenthalt seines Sohnes anstellte oder eher der Auslöser war, bleibt unklar. Drei im Geheimen Staatsarchiv in Berlin in Abschriften überlieferte Aussagen belegen, daß die Bevölkerung eine Verbindung zwischen dem Verschwinden von mehreren SA-Führern und dem KZ Lichtenburg herstellte. Die Niederschriften entstanden noch im Juli wahrscheinlich auf Anregung der SA-Gruppe Mitte und wurden an die Oberste SA-Führung in Berlin und an den Oberpräsidenten in Magdeburg geleitet. Daß Gerüchte und tatsächliches Geschehen nicht weit auseinander lagen, zeigt die Aussage zweier SA-Männer: „Am Sonnabend, den 21. d. Mts. waren obengenannte in dem Lokal ‚Schwarzer Adler‘ – Prettin. Bei einer Unterredung mit dem Gastwirt, Pg. Graßhoff, erklärte dieser, daß Standartenführer Mosert am Dienstag, den 3. Juli 1934 in der Lichtenburg erschossen worden wäre. Nachbarn wollen gehört haben, daß zwei scharfe Schüsse gefallen sind. Aus Gesprächen, die in der Gastwirtschaft geführt [worden] sind, will Graßhoff entnommen haben, daß es sich um Mosert und noch einen Standartenführer handelte. Weiter sagte er, daß die Erschießung mit der früheren Angelegenheit – Lichtenburg – zusammenhänge. Aus Gesprächen, die er gehört haben will und aus seiner eigenen Überzeugung [schloß er], daß Sta[ndarten]f[ührer] Mosert eventuell durch Mißhandlungen erschlagen worden sei.“⁹¹

Bei dem zweiten SA-Führer, der nur als Standartenführer bezeichnet wird, könnte es sich um Max Schulze handeln. Da Standartenführer aber sowohl eine Dienststellung als auch einen Dienstrang darstellte, Schulzes Dienstgrad zudem nicht sicher bekannt ist, muß die Identität des zweiten Mannes ungeklärt bleiben. Bemerkenswert ist, daß sowohl der oben zitierte Gastwirt als auch ein anderer Berichterstatter, Angst vor möglichen Schikanen durch die Lager-SS hatten und baten, ihre Auskunft vertraulich zu behandeln.

Die Staatspolizei Halle bemerkte dem Lagebericht für den Monat Juli 1934 zufolge nichts Außergewöhnliches: „Im Vordergrund standen die Abwicklungsarbeiten in der Röhmangelegenheit. Besondere Ereignisse sind für den Bereich der Staatspolizeistelle nicht zu melden. [...] Die Entwaffnung der SA ist überall in Ruhe vor sich gegangen; zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es hierbei nicht gekommen.“⁹² Die Meldung des Regierungspräsidenten, daß alles „glatt und in der Öffentlichkeit fast unbe-

⁹¹ GStAPK, HA I, Rep. 90 P, Nr. 39/3, Bl. 233, Anlage 3.

⁹² Rupieper/Sperk, Lageberichte, Band 2, S. 93ff.

merkt“⁹³ verlaufen wäre, mag für die meisten Kreise des Regierungsbezirkes zutreffend gewesen sein. In Torgau und Wittenberg sorgten der 30. Juni und die folgenden Tage für erhebliche Aufregung, wie die Quellen belegen. Im September relativierte zumindest die Stapostelle Halle ihre Einschätzung. Sie konstatierte „gewisse Differenzen“ als Folgeerscheinung des 30. Juni zwischen den „einzelnen Gliederungen der SA und der SS“. Aus diesem Grund wäre „[d]as Verhältnis noch nicht wieder so ist, wie es früher gewesen ist“ und es würde immer noch Feindseligkeiten kommen. Als problematisch wurde die Lage im Kreis Torgau gekennzeichnet. Dort registrierten die Informanten der Gestapo „eine anscheinend besonders starke Spannung zwischen SA und SS wegen der Erschiessung des SA-Standardführers Mosert.“⁹⁴

Die Verantwortlichen bei der Gestapo und im Regierungspräsidium unternahmen nichts, um die Verbreitung der Gerüchte um Moserts Tod in der Öffentlichkeit einzudämmen. Jedes Dementi hätte unweigerlich einen Bumerangeffekt hervorgerufen. Der Gestapo-Lagebericht vom September belegt, daß nachdem Moserts Tod nicht widersprochen wurde, noch Spannungen zwischen SS und SA bestanden. Das Interesse der Bevölkerung an der Mordsache war jedoch zurückgegangen.

VII. Fazit

Nachdem sich die Wogen der allgemeine Aufregung geglättet hatten, konnte die SS den Lohn für ihre Bluttaten einstreichen. Hitler entließ die SS aus der Abhängigkeit der SA und erhob sie in den Rang einer eigenständigen Parteigliederung. Auch Theodor Eicke wurde für seine Dienste belohnt. Zunächst ernannte Himmler seinen getreuen Helfer offiziell zum „Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände“. Nur wenig später folgte die Beförderung zum SS-Gruppenführer – zum damaligen Zeitpunkt der zweithöchste Dienstgrad der SS. Für das KZ Lichtenburg ist der „Röhm-Putsch“ keine tiefgreifende Zäsur. Die gravierendere Änderung war die bereits einen Monat zuvor erfolgte Eingliederung in Eickes Herrschaftsbereich. Trotzdem ist der „Röhm-Putsch“ ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Lagers. Die SS-Wachmannschaft bewies, daß sie auf Befehl bereit war, gegen eigene Parteigenossen mit der gleichen Verachtung und Brutalität vorzugehen wie gegen alle anderen Häftlinge. In den Augen von Himmler und Eicke hatten sich die Männer bewährt. Das Konzentrationslager Lichtenburg war nun ein fester Bestandteil des SS-Machtzentrums.

⁹³ Ebenda, S. 107.

⁹⁴ Ebenda, S. 177.

Autoren

Dietmar Schulze	Dr. phil., Leipzig
Anja Edith Spuhn	M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Košice (Slowakei)
Daniel Bohse	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Henrik Eberle	Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Wilfried Lübeck	Dr. phil., Groß Ammensleben

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 10 / 2001

Mit Beiträgen von Jan Gerber, Christina Schröder, Jana Wüstenhagen/Karsten Rudolph und Georg Wagner-Kyora.

Heft 11 / 2002

Mit Beiträgen von Andreas Malycha, Anjana Buckow und Ulrich Pfeil.
Zeitzeugen: Herbert Prieu und Hans-Dieter Nover.

Heft 12 / 2002

Mit Beiträgen von Hagen Jahn, Frank Hirschinger und Daniel Bohse.

Heft 13 / Sonderheft / 2003

Mit Beiträgen von Kristiane Gerhard, Marianne Taatz, Christina Müller, Eckehard Pistrick und Ria Hänisch.

Heft 14 / Sonderheft/ 2004

Mit Beiträgen von Hans-Joachim Diesner, Hans-Dieter Zimmermann und weiteren Zeitzeugen.